

Schwerpunkt Energiamarkt

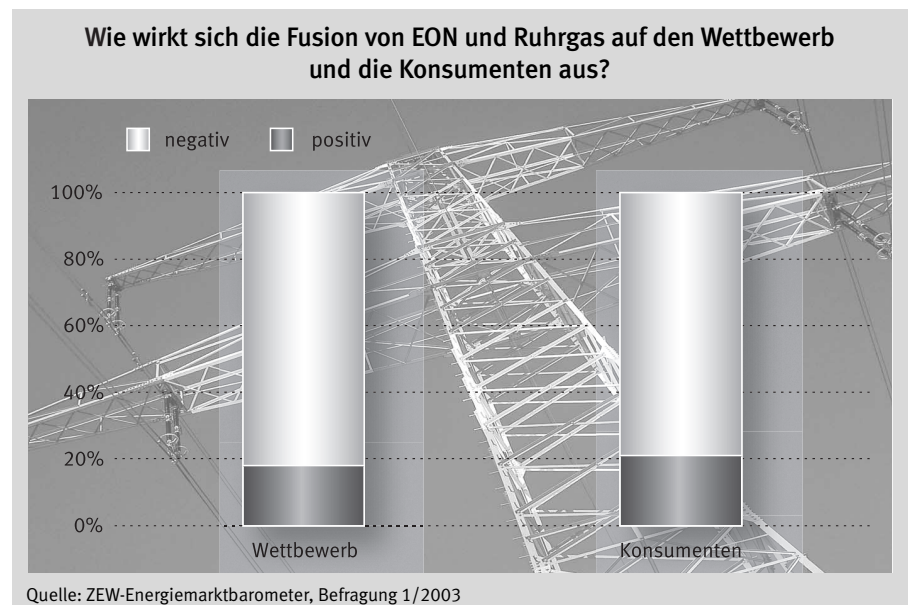
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Sonderteil ZEWnews · September 2003

Eon-Ruhrgas-Fusion: Durchbruch auch für Wettbewerber und Konsumenten?

Die Übernahme der Ruhrgas AG durch Eon, vom ehemaligen Eon-Chef Ulrich Hartmann als strategischen Durchbruch bezeichnet, gehört zu den umstrittensten Fusionen der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Verbraucherverbände befürchten, dass die deutschen Erdgaspreise, die EU-weit ohnehin an der Spitze liegen, infolge dessen merklich steigen werden. Das Bundeswirtschaftsministerium setzte sich, trotz der sowohl vom Kartellamt als auch von der Monopolkommission geäußerten Bedenken hinsichtlich eines verringerten Wettbewerbs, mittels einer Ministererlaubnis im Juli 2002 über diese Entscheidung hinweg. Das von der Kartellbehörde konstatierte Risiko, dass der Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt abnimmt und sich folglich höhere Preise für die Verbraucher ergeben, wurde als sehr gering eingestuft. Die Vorteile, die sich dagegen für das neue Unternehmen in Europa ergeben könnten, wurden als sehr bedeutend angesehen.

Auf den noch immer nicht vollständig liberalisierten Energiemärkten wird in der Tat mit harten Bandagen und ungleichen Mitteln um den Zugang zum immer wichtiger werdenden Energieträger Erdgas gekämpft. Dieser Zugang ist durch die Fusion sichergestellt: Mit der Elefantenhochzeit zwischen Eon und Ruhrgas, zu der Eon eine Mitgift von zehn Milliarden Euro beisteuerte, entstand Europas größter Gasversorger. Er ver-



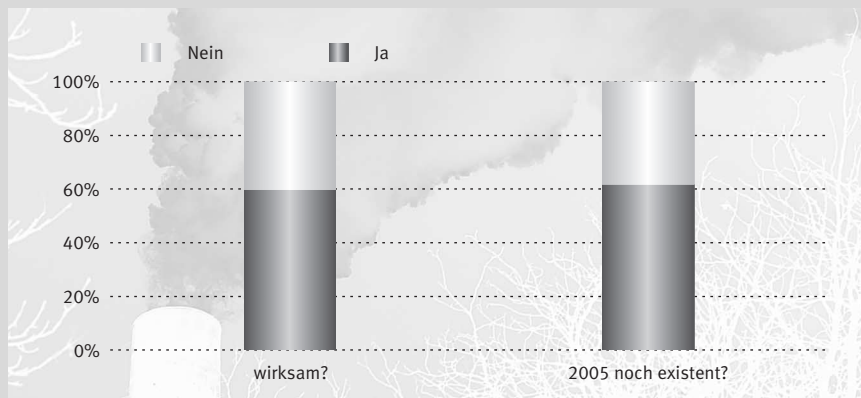
sorgt nicht nur 13 Millionen Gas-, sondern auch 17 Millionen Stromkunden. Ein guter Handel für beide Partner: Während Ruhrgas vor der Fusion beim Gasimport und im Ferngasgeschäft deutschlandweit einen Marktanteil von 60 Prozent hatte und damit führend beim Kampf um den Zugang zu diesem Energieträger war, fehlte es an den nötigen Endkunden. Getrübt wurden die „Hochzeitsfeierlichkeiten“ lediglich durch die Klagen zahlreicher Wettbewerber vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Entgegen den pessimistischen Erwartungen von Eon

erzielte Eon indes mit allen Wettbewerbern eine außergerichtliche Einigung. Durch die Fusion entstand ein vertikal vollkommen integrierter Konzern. Dies muss allerdings nicht zwangsläufig zum Schaden des Endverbrauchers sein: Laut ökonomischer Theorie führt eine Verminderung der vertikalen Konkurrenz, im Gegensatz zu horizontalen Zusammenschlüssen, in der Regel zu niedrigeren Preisen. Der Weg des Erdgases zum Endverbraucher ist in diesem Falle mit weniger Handelspartnern, von denen jeder einzelne Gewinne erzielen will, als zu-

Das ZEW-Energiemarktbarometer stellt eine halbjährliche Befragung von etwa 180 Experten aus Wissenschaft und Praxis (Energieversorgungs-, -handels- und -dienstleistungsunternehmen) dar, welche zu ihren Erwartungen hinsichtlich der kurz- und mittelfristigen Entwicklungen auf den nationalen und internatio-

nen Energiemärkten befragt werden (kurzfristiger Zeithorizont: 6 Monate, mittelfristiger Zeithorizont: 5 Jahre. Befragungszeitraum: Juni und Juli 2003). Die Ergebnisse der Befragung sind im vorliegenden Schwerpunkt Energiemarkt wiedergegeben.

Ist die freiwillige Selbstverpflichtung der deutschen Industrie ein wirksames Instrument zur Senkung des CO₂-Ausstoßes? Existiert sie noch 2005?



Quelle: ZEW-Energiemarktbarometer, Befragung 1/2003

vor verbunden. Dabei sorgt ausreichende horizontale Konkurrenz dafür, dass ein Teil des durch die vertikale Integration abgeschöpften Gesamtgewinns an die Verbraucher abgegeben wird. Auch im Hinblick auf die Versorgungssicherheit mit Erdgas wirkt sich Big Business nicht nachteilig aus.

Die Mehrheit der für das ZEW-Energiemarktbarometer befragten Experten beurteilt die Lage jedoch anders. So befürchten etwa 79 Prozent der Befragten, dass sich die Fusion von Eon und Ruhrgas für den Konsumenten negativ auswirken wird. Mehr als 82 Prozent der Befragten vertreten sogar die Meinung, dass diese Fusion für den Wettbewerb negativ zu bewerten ist – trotz der vom Wirtschaftsministerium verlangten zahlreichen Auflagen wie etwa dem Verkauf der Anteile an der Leipziger Verbundnetz Gas AG, die sich bei Eon und Ruhrgas auf zusammen 42 Prozent belaufen. Die Auswirkungen dieser Fusion für die Wettbewerber und Verbraucher sowie für das Unternehmen selbst werden frühestens Anfang Februar 2004 sichtbar sein, denn dann läuft die vom Bundeswirtschaftsministerium gewährte Fristverlängerung zur Umsetzung aller Auflagen ab.

Sind freiwillige Selbstverpflichtungen wirksam?

Mittels freiwilliger Selbstverpflichtungen möchte die deutsche Industrie ihren Beitrag an dem Reduktionsziel für CO₂-Emissionen leisten, das aus dem Kioto-Protokoll erwächst. Es sieht für Deutschland für den Zeitraum von 2008 bis 2012 eine Verringerung der CO₂-Emissionen um 21 Prozent vor, bezogen auf das Jahr 1990. Aus dem Blickwinkel der Industrie betrachtet, ist es

unmittelbar nachvollziehbar, warum freiwillige Selbstverpflichtungen als das beliebteste umweltpolitische Instrument angesehen werden: Von Industrieseite aus wird immer wieder die große Flexibilität bei der Umsetzung betont, weil es den Unternehmen selbst überlassen bleibt, welche Maßnahmen sie ergreifen, um die geforderten Umweltziele zu erreichen – ein Argument, das im Übrigen auch für den Handel mit CO₂-Emissions-Zertifikaten gilt. Indes ist es fraglich, ob die selbst gesteckten, freiwilligen, und damit rechtlich unverbindlichen, Ziele das so genannte Business-As-Usual übertreffen. Mit anderen Worten, es ist fraglich, ob die Maßnahmen, die die deutsche Industrie im Rahmen der freiwilligen Selbstverpflichtung ergriffen hat, über das hinausgehen, was die Unternehmen ohne die Abgabe einer Erklärung ohnehin getan hätten.

Ein wirksamer Kontrollmechanismus erfordert indes mehr als das bislang erfolgende Monitoring, wie einer aktuellen ZEW-Studie von Böhringer und Frondel zu entnehmen ist. Ein Regulator, will er nicht nur symbolische Klimapolitik betreiben, sollte bei freiwilligen Selbstverpflichtungen eine aktive Rolle einnehmen, indem er ambitionierte Zielvorgaben, die sich an internationalen Vereinbarungen wie dem Kiotoprotokoll orientieren, mit den jeweiligen Industrien aushandelt. Die bislang gesetzten Ziele, die zum Teil bereits weit vor 2005, dem bei freiwilligen Selbstverpflichtungen relevanten Zeithorizont, erreicht sind, erscheinen hingegen wenig anspruchsvoll. Außerdem ist auch das Trittbrettfahrer-Problem nicht von der Hand zu weisen, denn einzelne Unternehmen können von umweltschonenden Maßnahmen ihrer Konkurrenten profi-

tieren, ohne selbst diesbezüglich aktiv zu werden.

Was von freiwilligen Selbstverpflichtungen zu halten ist, daran scheiden sich jedenfalls die Geister: Eine knappe Mehrheit von rund 60 Prozent der für das ZEW-Energiemarktbarometer befragten Experten schätzt das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung als ökologisch wirksam ein und sieht darin ein zukunftsfähiges Konzept einer weniger regulativ wirkenden Umweltpolitik – auch wenn EU-weit der Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten bereits beschlossen ist und ab 2005 beginnen soll.

Trauer beim Abschied vom verhandelten Netzzugang?

Am 1. Juli 2004 soll in Deutschland ein Regulierer für den Strom- und Gasmarkt die Arbeit aufnehmen, womit der bislang beschrittene deutsche Sonderweg des verhandelten Netzzugangs verlassen werden soll. Bisher regulierte sich die Branche auf freiwilliger Basis in Verbändevereinbarungen selbst. Darin werden Netzzugang und -nutzungsentgelte nicht von unabhängigen Außenstehenden, sondern zwischen Netzbetreibern und -nutzern direkt ausgehandelt. Das Bundeskartellamt hatte allerdings zahlreiche Missbrauchsverfahren wegen überhöhter Netznutzungsentgelte eingeleitet, die dieses System in Frage stellten. Dass die Preise für Strom und Gas in Deutschland höher als im Ausland sind, rief zudem die EU auf den Plan, da die überhöhten Preise als Anzeichen mangelnden Wettbewerbs angesehen werden können. Mit Hilfe einer Regulierungsbehörde – ob eigenständige Behörde, Teil des Bundeskartellamts oder Erweiterung der Regulierungsbehörde Telekommunikation und Post ist noch unklar – soll nun durch Ex-Ante-Regulierung der diskriminierungsfreie Netzzugang sichergestellt und somit die EU-Beschleunigungsrichtlinie zum Binnenmarkt für Strom und Gas umgesetzt werden.

Georges Hoffman, der Vorstandschef der Berliner Gaswerke AG, Gasag, dem größten deutschen Endkundengasverteiler, begrüßt die höheren Chancen für eine stärkere Marktöffnung, die sich durch die Regulierung ergeben würde. Ihm ist eine gute Regulierung lieber als eine schlechte Verbändeübereinkunft. Auch die im Rahmen des ZEW-Energiemarktbarometer befragten Experten sind vom Nutzen der neuen Behörde mit 62 Prozent Zustimmung mehrheitlich überzeugt.

Energiepreise

Weiter steigende Elektrizitätspreise

Nach einer Phase des Preisverfalls im Zuge der Liberalisierung der Elektrizitätsmärkte, die Anfang 1999 begann und für Privatkunden etwa 20 Prozent, für industrielle Großabnehmer rund 40 Prozent Preisnachlass erbrachte, sind die Elektrizitätspreise für Privatkunden seit der Jahrhundertwende wieder um rund 15 Prozent gestiegen. Damit sind die Preisvorteile für letztere nahezu dahin. Ursachen für den erneuten Preisanstieg sind unter anderem Steuererhöhungen und das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das den jeweiligen Betreibern hohe Einspeisevergütungen beispielsweise für Windkraft und Photovoltaik garantiert. Die Stromversorger wälzen die Kosten, die ihnen zusätzlich entstehen, auf die Endverbraucher ab. Die hohen Netznutzungsentgelte in Deutschland, derzeit die höchsten in Europa, tragen ebenfalls ihren Teil zu den gestiegenen Preisen bei. So machen die Kosten für den Strom-Transport derzeit 40 Pro-

zent des Preises aus – das ist ebenso viel wie Steuern und Abgaben. Unsichere Zukunftserwartungen, beispielsweise hinsichtlich des Handels mit CO₂-Emissionszertifikaten, und die daraus resultierende mangelnde Planungssicherheit einerseits sowie der beschlossene Kernenergieausstieg andererseits deuten auf eine Kapazitätsverringerng hin. Diese Angebotsverknappung lässt die Zukunft der Strompreise düster erscheinen. Die große Mehrheit der befragten Experten rechnet jedenfalls sowohl kurz- als auch langfristig mit weiterhin steigenden Strompreisen und bestätigt damit den erwarteten Trend aus der letzten Umfrage vom Jahresende 2002. Rund 52 Prozent der befragten Experten rechnen während des zweiten Halbjahres 2003 mit einer Preissteigerung, und sogar mehr als 80 Prozent gehen von einer Steigerung der Elektrizitätspreise in den kommenden fünf Jahren aus.

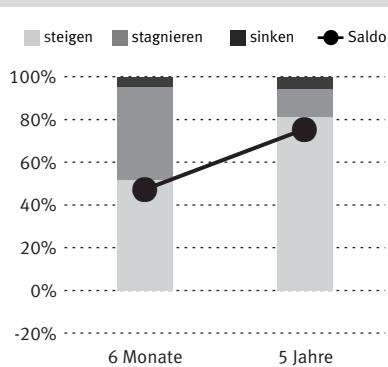
Entspannung bei den Rohölpreisen

In der letzten Umfrage äußerte die Mehrheit der Experten die Befürchtung, dass die Rohölpreise im ersten Halbjahr 2003 infolge einer Eskalation der Irak-Krise durchaus drastisch steigen könnten. Trotz des tatsächlich erfolgten Angriffs der USA auf den Irak hat sich dies keinesfalls bestätigt – ein Muster, das bereits beim ersten Golfkrieg zu beobachten war. Anscheinend ist die Furcht vor potenziellen drastischen Preisausschlägen größer, als sich diese dann in Wirklichkeit ergeben. Nicht verwunderlich ist, dass nach Beendigung des Krieges und der, wenngleich sehr schleppenden, Wiederaufnahme der Rohölförderung im Irak etwa 58 Prozent der Experten in der aktuellen Umfrage mit stagnierenden und lediglich 13 Prozent mit steigenden Rohölpreisen im zweiten Halbjahr 2003 rechnen. Knapp 29 Prozent der Experten gehen sogar von einer Preissenkung aus. Im Gegensatz dazu gehen 51 Prozent der Befragten für den Zeitraum von fünf Jahren von einem Anstieg der Rohölpreise aus, während nur etwa 34 Prozent an eine Stagnation glauben.

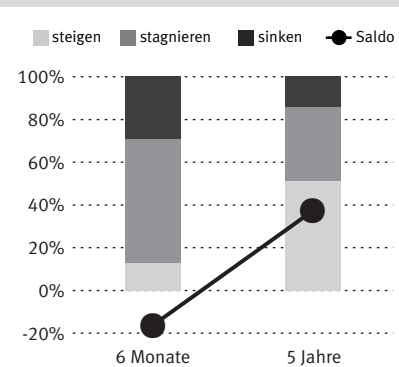
Kurzfristig stagnierende Mineralölpreise

Ein ähnliches Bild ergibt sich aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Rohöl- und Mineralölpreisen auch für die erwartete Entwicklung der Mineralölpreise. Der Prozentsatz der Experten, der davon ausgeht, dass die Mineralölpreise im zweiten Halbjahr 2003 steigen, ist mit 25 Prozent deutlich höher als beim Rohöl. Nachdem Steuererhöhungen vorerst ausgeschlossen sind, reflektiert dies wohl den Glauben an die Marktmacht der Mineralölkonzerne. Bei der Entwicklung für die kommenden fünf Jahre erwarten mehr als 60 Prozent der Befragten, dass die Mineralölpreise weiter steigen. Und dies trotz zahlreicher neuer Erdölfunde, etwa in Iran, welche diesen Staat in der Rangfolge der nationalen Erdölvorkommen an die zweite Stelle hinter Saudi-Arabien katapultierten und den Irak auf die Plätze verwiesen. Angesichts jüngster Konflikte sind die Experten offensichtlich skeptisch.

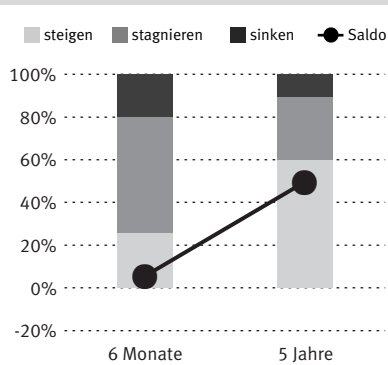
Energiepreise – Elektrizität



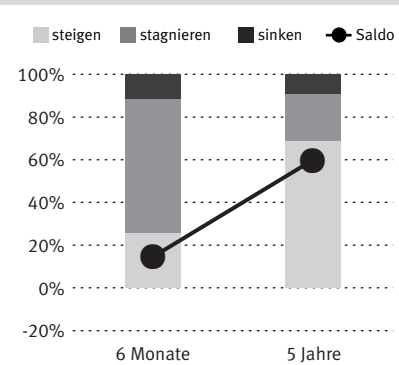
Energiepreise – Rohöl



Energiepreise – Mineralöl



Energiepreise – Erdgas



Quelle: ZEW-Energiemarktbarometer, Befragung 1/2003

Energieträgermix

Erdöl

Eine klare Mehrheit von etwa 78 Prozent der Teilnehmer am ZEW-Energiemarktbarometer misst dem Energieträger Erdöl auch in den kommenden fünf Jahren eine weltweit wachsende Bedeutung bei. Für Deutschland hingegen sieht die Einschätzung etwas anders aus. Hier rechnen etwa 37 Prozent der Umfrageteilnehmer mit einem sinkenden, 45 Prozent mit einem stagnierenden Erdölverbrauch in den kommenden fünf Jahren. Von einem steigenden Erdölverbrauch gehen dagegen lediglich 18 Prozent aus. Daraus ergibt sich ein negativer Saldo für den erwarteten Erdölverbrauch in Deutschland. Sollte sich die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft vom Erdöl in den kommenden fünf Jahren tatsächlich reduzieren lassen?

Ein recht einheitliches Bild ergibt sich bei der Antwort auf die Frage, wie sich die Besteuerung von Mineralöl in Deutschland und der EU in den kommenden fünf Jahren entwickeln wird. Mehr als 72 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass die Besteuerung von Mineralöl in Deutschland steigt. Etwa vier Prozent befürchten sogar einen starken Anstieg. Ähnlich sieht es für die EU aus: Etwa 74 Prozent der Experten rechnen mit einem Anstieg der Besteuerung, rund drei Prozent sogar mit einem starken Anstieg. Im Gegen-

satz dazu erwartet eine Mehrheit von fast 57 Prozent der Umfrageteilnehmer für die USA keine Zunahme der Besteuerung von Mineralöl in den kommenden fünf Jahren, sondern eine Stagnation.

Befragt nach der wirtschaftlichen Abhängigkeit Deutschlands und der EU von Rohöl in den kommenden fünf Jahren, gehen etwa 62 Prozent der Experten des ZEW-Energiemarktbarometers von einer Stagnation aus. Etwa 18 beziehungsweise neun Prozent der Befragten nehmen sogar an, dass die wirtschaftliche Bedeutung von Rohöl in den kommenden fünf Jahren sinken wird. Anders als in Deutschland und der EU zeigt sich das Stimmungsbild allerdings für die USA. Deutlich mehr als 50 Prozent der Befragten geben an, dass sie mit einer weiteren Zunahme der wirtschaftlichen Abhängigkeit der USA vom Rohöl in den kommenden fünf Jahren rechnen.

Erdgas

Die Erwartungen hinsichtlich des Verbrauchs von Erdgas geben ein einheitliches Bild ab. Mit einem Anstieg des Verbrauchs von Erdgas in Deutschland beziehungsweise Europa während der kommenden fünf Jahre rechnen knapp 74 beziehungsweise 76 Prozent der Befragten. Noch klarer ist die Mehrheit mit mehr als 84 Prozent in Bezug die übrige Welt. Auffällig hierbei: Nur wenige Prozent der 181 teilnehmenden Experten gehen davon aus, dass weltweit der Erdgasverbrauch sinken wird.

Kohle

Die Prognosen hinsichtlich des Energieträgers Kohle deuten auf eine Senkung des Kohleverbrauchs in Deutschland in den kommenden fünf Jahren hin. 65 Prozent der Befragten erwarten, dass die Bedeutung der Kohle im deutschen Energieträgermix sinken wird, eine kleinere Mehrheit glaubt dies auch in Bezug auf die Rolle der Kohle im europäischen Energieträgermix. Hingegen geht eine leichte Mehrheit davon aus, dass der Kohleeinsatz außerhalb Europas steigen wird.

